

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1830.
Strohfasser:
Riesa Nr. 52.

Nr. 210.

Dienstag, 9. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Ausbruch ins Zukunftsreich.

Die große Panuropa-Woche des Völkerbundes ist eröffnet — unter Ausschluß der Öffentlichkeit allerdings, was eigentlich im Zeitalter der abgeschlossenen Geheimdiplomatie nicht recht verständlich ist — und nichts ist begrifflicher, als daß die Allgemeinheit halbige und greifbare Ergebnisse erwartet. Nichts ist deswegen auch notwendiger, als vor vorzeitigen Illusionen zu warnen und darauf hinzuwirken, daß der Weg in das paneuropäische Zukunftsreich lang und beschwerlich ist, daß möglicherweise die Etappe des Ausbruchs zu dieser Reise an sich schon eine historische Epoche darstellen kann, deren Dauer die Nerven aller ernsthaft an der Zukunft Europas Interessierten auf eine schwere Belastungsprobe stellen wird.

Was im Laufe dieser Woche in Genf vor sich gehen wird, ist nicht weniger, als die Sondierung des Geländes, über das der Marsch nach Panuropa führen soll. Diese Sondierung wird zahllose, im Augenblick teilweise vielleicht noch unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten zutage fördern. Ueber sie volle Klarheit zu schaffen und sich über ihre Bewältigung nach Möglichkeit einig zu werden — das kann außerordentlich die Aufgabe und das Werk der gegenwärtigen Völkerbundstagung sein.

Eines der am häufigsten wiederkehrenden Schlagworte bei der Betrachtung des Panuropa-Planes ist, daß Briand selbst schon nahezu entschlossen sei, sein Memorandum und damit seinen Panuropa-Plan selbst in Spezialkommissionen begraben zu lassen. Man kennt diese Genfer Kommissionstechnik und weiß allerdings, daß sie dem Fortgang großer Arbeiten nicht gerade günstig ist. Allein ebenso sicher, wie es ist, daß Briand trotz aller Anfechtungen und Wendungsvorschläge an seiner Grundidee festhalten wird, ist es sicher, daß es auch, daß die vorliegenden Aufgaben eindrucksvoller Spezialarbeit bedürfen und keinesfalls in Bauisch und Bogen vom Plenum der Völkerbundsvollversammlung bewältigt werden können.

Das läßt schon die Analyse der konkreten Schwierigkeiten erkennen, denen die Konferenz sich gegenübersehen wird. Unter diesem Rest offenbar an erster Stelle die Drohung des deutsch-polnischen Gegenabzuges. Wie man glaubt, werden Frankreich und unter seiner Führung die in Genf anwesenden Staatsmänner der kleinen Entente alles tun, um diesen Gegenabzug nicht zum offenen Ausbruch kommen zu lassen. So erwünscht die Vermeidung eines solchen offenen Ausbruchs wäre, so verhängnisvoll wäre aber doch auch ein Totschweigen der zwischen Deutschland und Polen herrschenden Differenzen, die beseitigt werden müssen, wenn Europa nicht eines Tages in seinem Entstehen gemahrt werden soll, daß das Gebäude seiner Zukunft auf einem Pulverfaß gegründet ist. So wird man also den früheren Ministerpräsidenten Herriot sehr offen darauf aufmerksam machen müssen, daß er im Begriff ist, den Rahmen und die Tradition Stresemanns zu mißbrauchen, wenn er den deutschen Minister des Auswärtigen beschwört, die deutsche Politik im Geiste Stresemanns fortzuführen. Panuropa — so schreibt Herriot, in einem am Sonntag veröffentlichten Artikel — ist ohne eine Umbildung der alten Grenzgebiete und es sei unverständlich, warum Herriot diese friedliche Umbildung nicht zulassen wolle, warum er gegen "Diktate" zu Felde ziehe, wo doch seit 1924 — dem Jahre der Ministerpräsidentenschaft Herriot — alle Anstrengungen darauf gerichtet worden seien, mit Deutschland auf dem Fuß der Gleichberechtigung direkte Abkommen zu treffen. Man muß hinzufügen, daß außerdem von Seiten der Siegermächte und ihrer Freunde alle diesbezüglichen Anstrengungen darauf abgestellt waren, auf dem Fuß der unbedingten Respektierung der Versailleser Verträge zu bleiben. Das ist es ja, wogegen Deutschland sich wehrt, sich wehren muß, sowohl aus richtigem verständlichem eigenen Interesse, wie aus tiefstem Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft ganz Europas.

Nicht umsonst ist das Prinzip der vorherigen politischen Vereinigung Europas d. h. der Revision der Friedensverträge in so vielen Antworten auf Briands Memorandum seinem Grundgedanken von der vorherigen Konsolidierung der durch die Verträge geschaffenen politischen Situation entgegengesetzt worden. Man darf annehmen, daß den gleichen Standpunkt auch die Mehrzahl der Mächte vertreten wird, die sich ihre positive Stellungnahme zu Briands Memorandum für die Völkerbundsvollversammlung vorbehalten haben.

Dieser ernsten und schwersten Stimmung der praktischen Finanzpolitik des großen paneuropäischen Werkes steht die Hoffnung gegenüber, daß die gegenwärtige Weltkrisis die europäischen Völker zur Erkenntnis und Beilegung ihres wahren Interesses schneller zwingen wird, als es die moralische Macht einer großen Idee kann. Die Zusammenstöße der Bewegungen der alten ost- und südwesteuropäischen Staaten, die in der jüngst verflochtenen Warschauer Agrarkonferenz einen so eindringlichen Ausdruck fanden, haben in West- und Südwesteuropa ihre Wirkungen nicht verfehlt. Dazu kommt, daß man sich in Europa je länger, je vollkommener darüber klar wird, daß Europa auf sich angewiesen ist und nicht nur keine Hilfe von England und den USA zu erwarten hat, sondern vielmehr damit rechnen muß, daß jede Verzögerung in der Herstellung der gesamten europäischen Solidarität jenen beiden anderen großen Volkswirtschaftsmächten dazu dienen wird, ihre Rolle auf Kosten des uneinigen Europa zu verringern.

Hoffen wir also nicht auf materielle politische Ergebnisse dieser Panuropa-Woche! Bittere Enttäuschungen wären

Die sächsische Industrie zur Reichstagswahl.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beriet in seiner Sitzung vom 5. September d. J. die Lage der sächsischen Wirtschaft, die sich von Tag zu Tag verschlimmert. Die Arbeitslosigkeit in Sachsen ist fast doppelt so hoch wie im Reichsdurchschnitt. Ohne die Kurzarbeiter zu rechnen, gab es im Juli 1930 200 000 Arbeitssuchende, Ende August bereits 417 000. Die Zahlen steigen weiter, und sobald der erste Frost kommt, werden wir in Sachsen eine halbe Million Arbeitssuchende haben. Täglich werden wir durch neue Entlassungen allerbesten Firmen erschreckt, die wir Jahrzehntlang als den sichersten Bestand sächsischer Wirtschaft angesehen gewöhnt waren.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beschloß gerade in diesem Augenblick vor den Reichstagswahlen vor aller Öffentlichkeit noch einmal auf die Gründe hinzuweisen, die die allgemeine Wirtschaftslage für Sachsen besonders verschlimmern und die uns zwingen, besondere Abhilfemaßregeln zu fordern.

Noch mehr als im übrigen Deutschland ist es inmitten dieser Weltkrisis unerhörter Art für unser sächsisches Vaterland geboten,

daß ein unverzüglicher Abbau der Produktionskosten erfolgt!

Sachsen arbeitet infolge verfehlter Wirtschaftspolitik zu teuer!

Wir fordern Senkung der Steuern, damit die Kapitalbildung wieder ermöglicht wird!

Wir fordern Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben im Reich, Ländern und Gemeinden durch äußerste Sparmaßnahmen, die nunmehr alles hinter sich lassen muß, was bisher jaghaft von Sozialkommissionen und Sparausschüssen geleistet worden ist!

Wir fordern eine Senkung der Soziallasten!

Es ist soweit gekommen, daß wegen der Höhe der Löhne Aufträge nach Sachsen nicht mehr gelegt werden sind. Wir haben also zu wählen zwischen dieser Senkung der Produktionskosten und einer weitergehenden Arbeitslosigkeit. Gesellige Einrichtungen, die einer notwendigen und unvermeidlichen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen, müssen durch den neugewählten Reichstag die notwendige Beseitigung erfahren.

sen durch den neugewählten Reichstag die notwendige Beseitigung erfahren.

Von der Reichsregierung und von der Verwaltung des Reiches fordert die sächsische Industrie aber insbesondere:

daß die Konzentration der öffentlichen Gelder in Berlin vermindert wird,

daß Sachsen eine ausreichende Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhält,

daß Reichsbahn und Reichspost, die selbst bei Vergabe ihrer Aufträge dauernd das Wort „Preiserhöhung“ in den Vordergrund stellen, durch ihre Frachten- und Gebührenpolitik dafür sorgen, weitere Erhöhungen der Produktionskosten zu vermeiden, vielmehr soweit irgendmöglich auch ihrerseits auf eine Verabreicherung dieser Faktoren hinwirken,

daß Sachsen im Reichswirtschaftsrat und in dessen Ausschüssen eine ausreichende Vertretung erhält, damit bei der Beratung wirtschaftlicher Maßnahmen, insbesondere auch bei der Revision unserer Zollgesetze die sächsischen Interessen nicht mehr wie bisher zu kurz kommen.

Durch die Teilnahme sächsischer Vertreter an den Handelsvertragsverhandlungen und die ausreichende Berücksichtigung der sächsischen Wünsche würde die sächs. Exportindustrie manche Arbeitsmöglichkeiten erhalten können.

Die möglichst schnelle Regelung der handelspolitischen Verhältnisse mit den für Sachsen wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern würde ebenfalls derartige Arbeitsmöglichkeiten erschließen.

Ebenso wie das Reich unsere Industrie im Ausland vor den Gefahren hohen politischen Risikos schützt, ist es bei der jetzigen mit großer Schnelligkeit sich immer weiter zu unseren Ungunsten verwickelnden Entwicklung in Sachsen notwendig, Vorbeugungs- und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, die der Wirtschaft auch gegenüber dem innenpolitischen Risiko den nötigen Schutz gewähren.

Das mit innen- und außenpolitischen Lasten überbürdete Deutschland darf es nicht dulden, daß eines seiner lebenswichtigen Arbeitsgebiete brachgelegt wird und verödet.

Der Beginn der 60. Ratstagung in Genf.

Beilegung des Palästina-Konflikts.

Genf. Der Völkerbundsrat hat bekanntlich gestern vormittag seine 60. Tagung mit der üblichen nichtöffentlichen Sitzung begonnen, in der er seine vorläufige Tagesordnung billigte und sich mit internen Budget- und Personalfragen beschäftigte.

Der Völkerbundsrat behandelte in der ersten öffentlichen Sitzung den

Bericht des Mandatsauschusses über die Palästinafrage.

Der finnische Außenminister Procopé gab einen Überblick über die Stellungnahme des Mandatsauschusses und die Antwortnotizen der englischen Regierung. Er stellte dabei in vorläufiger Formulierung fest, daß die Aufgaben der englischen Regierung in Palästina außerordentlich schwierig seien. Es bestünde nur eine geringfügige Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Verwaltungsprogramms zwischen der englischen Regierung und dem Mandatsauschuss. Die Unruhen in Palästina hätten sich in keiner Weise gegen die englische Autorität in Palästina gerichtet. Das Ziel der englischen Mandatsverwaltung wird in dem Bericht kurz umrissen: Freie Entwicklung der verfassungsmäßigen Einrichtungen für eine freie Regierung und Sicherung des jüdischen Nationallebens. Das Erreichen dieses Zieles sei nur möglich, wenn nicht nur die Mandatsmacht, sondern auch die beiden in Palästina wohnenden Rassen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. — Nach dem vom finnischen Außenminister vorgeschlagenen Entschluß richtete der Völkerbundsrat an die englische Regierung die Aufforderung, künftig alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Schlussfolgerung des Mandatsauschusses Rechnung tragen.

Der englische Außenminister Henderson erklärte, die englische Regierung stelle mit Befriedigung fest, daß die außerordentlichen Schwierigkeiten der englischen Regierung in Palästina vom Berichterstatter anerkannt werden. Die englische Regierung habe in der jüdischen Einwanderungsfrage bereits eine Erklärung abgegeben, die alle Befürchtungen beseitige. Die Einschränkung der jüdischen Einwanderung trage nur einen zeitweiligen Charakter, da es sich keineswegs um ein grundsätzliches Einwanderungsverbot handele.

sonst gewiß. Hoffen wir aber immerhin auf die Annäherung einer allgemeinen Klärung, auf die Ebnung des Weges, der nach Panuropa führen soll und unterstützen wir mit der unabweisenden Formulierung dieser Erwartungen die deutschen Staatsmänner, die in Genf die schwere Aufgabe

Der Vertreter Persiens gab darauf eine kurze Erklärung ab, daß er gleichfalls das Recht des Mandatsauschusses zur Kritik an der Mandatspolitik einer Mandatsmacht anerkenne, jedoch seinem Bedauern darüber Ausdruck verleibe, daß der Mandatsauschuss nicht auf die Sicherung der religiösen und zivilen Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung hingewiesen habe. Er habe das Vertrauen in die englische Regierung, daß die Interessen seiner Mitgliedsstaaten in Palästina nicht verletzt würden.

Darauf nahm der Völkerbund einstimmig die vom finnischen Außenminister vorgeschlagene Entschlieung an, womit der Konflikt zwischen der englischen Regierung und dem Mandatsauschuss als beigelegt betrachtet werden kann.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurden die Arbeiten des Komitees

zur Bekämpfung des Furan- und Rinderhandels

erörtert, über die der persische Delegierte Bericht erstattete. Seine Ausführungen wurden ohne weitere Aussprache genehmigt, nachdem sowohl der Berichterstatter, als auch der Vertreter Japans im Namen ihrer Regierungen zugestimmt hatten, daß die vom Völkerbund nach Asien entsandte Studienkommission volle Unterstützung finden werde.

Ueber die Arbeiten der 22. Tagung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes im Juni 1930 berichtete

Reichsaussenminister Dr. Curtius.

Der Bericht, der u. a. die Fragen der Ausfuhrprämie, des Schmuggels, besonders des Alkohol schmuggels, sowie des Balkschiffes behandelt, wurde angenommen. Auf Antrag von Dr. Curtius wurde beschlossen, die von den Vertretern Kanadas, Finnlands und Persiens dazu gegebenen Anregungen mit dem von ihm erstatteten Bericht an die Regierungen weiterzugeben. Ohne Aussprache wurde dann weiter der Bericht über die Wechsel- und Scheckrechtskonferenz, den gleichfalls Dr. Curtius erstattete, angenommen. Nachdem der Rat noch den Vorschlag der finnischen Regierung, dem Obergerichtshof den Charakter einer Berufungsinstanz bei internationalen Schiedssprüchen zu verleihen, an die Vollversammlung weiterzuleiten beschloß, wurde die Beratungen auf Dienstag vormittag 11,30 Uhr vertagt.

haben, Vorkämpfer einer Entwicklung zu sein, durch welche der in einem Jahrzehnt tief und gefährlich verwurzelte Widerstand der gegenwärtigen Gestaltung Europas fortgerückt werden soll und muß, ehe der Ausbruch in das Zukunftsreich Panuropa wirklich vorankommen kann.